

Kirchenkreis Lübbecke muss den Gürtel enger schnallen

Viel Redebedarf hatten die Delegierten der Synode bei der Einführung eines neuen Perspektivausschusses.

■ **Lübbecker Land/Pr. Oldendorf** (mig). Im Mittelpunkt der Kreissynode des Kirchenkreises Lübbecke stand der Haushalt 2020. Unterschiedlicher Auffassung waren die Teilnehmer beim neu eingeführten „Perspektiv-Ausschuss“.

Der Kirchenkreis Lübbecke muss den Gürtel enger schnallen. Zwar seien die Austrittszahlen noch akzeptabel, sagte Superintendent Uwe Gryczan im Gespräch, „aber perspektivisch müssen wir den Haushalt anpassen.“ Heißt: an der ein oder anderen Stelle soll gespart werden. Im Blick hat Gryczan dabei vor allem die „Ungleichbehandlung“ der Kita-Träger gegenüber beispielsweise privaten Trägern. Hier bringe die anstehende Reform des „Kibiz“ an manchen Stellen Entlastung, „aber nicht für kirchliche Träger“. Die würden „überproportional hohe Anteile“ zahlen, „das bringt uns an unsere finanziellen Grenzen“, so der Superintendent. Die Kirche sei weiterhin

bereit, Trägerschaften zu übernehmen, will aber das Ungleichgewicht angepasst sehen. Der entsprechende Beschlussvorschlag drängt deshalb auf eine Gleichbehandlung, „mindestens im Bezirk des Jugendamtes des Kreises Minden-Lübbecke“. Bei einem positiven Votum sollen Verhandlungen zwischen dem Kirchenkreisamt und dem Trägerverbund Evangelische Tageseinrichtungen für Kinder im Kirchenkreis mit dem Kreis aufgenommen werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt auf der Agenda: die Verstärkung von Synergieeffekten. Laut Gryczan will der Kirchenkreis verstärkt „bei den Nachbarn“ schauen, „wie wir bei verwaltungstechnischen Sachen Synergieeffekte schaffen können“. Ein entsprechender Verbund sei schon eingerichtet worden. Alleine seien die stetig wachsenden Aufgaben kaum mehr zu bewältigen. Wird dem Beschlussvorschlag zugestimmt, soll der Kreissyn-

odalvorstand Gespräche mit benachbarten Kirchenkreisen aufnehmen. Ziel ist die Zusammenführung von Verwaltungsleistungen und langfristig die Vereinigung der Kreis Kirchenämter.

Verwaltungsaufgaben werden zunehmend detaillierter

Ein weiterer positiver Effekt wird in der Qualitätssicherung gesehen. Weil die „Verfahren zur Erfüllung der Verwaltungsaufgaben zunehmend detaillierter vorgeschrieben werden“ (Datenschutz und -sicherheit, Arbeitsschutz) könnten, bei gleichzeitig sinkenden Gemeindegliederzahlen, die Kosten steigen, beziehungsweise die Qualität sinken. Dem will der Kirchenkreis mit der Zusammenlegung der Ämter begegnen. Der Handlungsdruck steige.

Viel Redebedarf hatten die Delegierten bei der Einfüh-

rung eines neuen Perspektivausschusses. Der Ausschuss soll „Perspektiven entwickeln, wie wir künftig im Kirchenkreis Lübbecke unserem Auftrag gerecht werden, das Evangelium von der Liebe Gottes in Wort und Tat möglichst vielen Menschen nahezubringen“. Darüber hinaus soll er die sich verändernden Rahmenbedingungen für die kirchliche Arbeit analysieren und Ideen entwickeln, „wie die Kirchenkreiskonzeption in den (vor drei Jahren eingeführten) Handlungsfeldern („Gottesdienst und Kirchenmusik“, „Seelsorge und Beratung“, „Kirche und Gesellschaft“, „Mission und Ökumene“, „Bildung“ sowie „Bau und Umwelt“) umgesetzt werden kann“.

Neben viel Zustimmung gab es auch Gegenwind für den Vorschlag. „Da sind Leute in einem Ausschuss und dann in noch einem und dann ausschüssen sie noch mehr“, meinte einer. Das ganze Ver-

fahren sei „unüberschaubar und kompliziert“. „Die Leute müssen wissen, was vorgeht, es muss eine Rückspiegelung an die Gemeinden geben.“ Gryczan: „Natürlich könnten wir diese Dinge auch ohne die Vorarbeit des Ausschusses in der Synode diskutieren, aber dann würde die Synode sehr lang.“ Auf die Frage eines anderen, ob der neue Ausschuss nicht viele Aufgaben und Fragestellungen des Der Kreissynodalvorstands übernehmen würde, antwortete eine Vertreterin dieses Gremiums: „Wir sind nicht für jedes Thema Fachleute. Die sitzen in den Ausschüssen und können viel besser Vorschläge in ihrer Tiefe erarbeiten.“

Schließlich wurde der Ausschuss bei zehn Gegenstimmen und zehn Enthaltungen eingerichtet. Er setzt sich aus Vertretern der sechs Handlungsfelder sowie jeweils einem Vertreter des Kreissynodalvorstands und des Finanz- und Bauausschusses zusammen.